

40 Jahre

Gründung der
AG Schwule Lehrer
in der GEW Berlin

GEW
schwuleLehrer.de



Festschrift

- 1 Entstehung der AG
- 2 Gemeinsam mit Gewerkschaften
- 3 Homolulu und die Folgen
- 4 Äußerungen von Politiker*innen
- 5 Rechtliche Forderungen
- 6 Bildungspolitische Forderungen
- 7 Zusammenarbeit mit anderen Organisationen
- 8 AIDS und die Folgen für die Sexualerziehung
- 9 Durchbruch nach der Wende
- 10 CSD, Straßenfest, Europride
- 11 Zukunft mit Engagement

Ende der 70er Jahre, als die AG sich gründete, war das Thema Homosexualität in der Gesellschaft und erst recht in der Schule ein Tabuthema.

Homosexualität war in der gesellschaftlichen Wahrnehmung sehr negativ besetzt, wie Äußerungen von Politiker*innen aus dieser Zeit eindrucksvoll belegen. Rechtlich war Homosexualität bis 1994 mit dem § 175 ein Straftatbestand und die Situation vieler schwuler Lehrer war von Angst am und um den Arbeitsplatz geprägt. Bewundernswert ist vor diesem Hintergrund, mit welchem Mut sich damals einige schwule Kollegen auf den Weg gemacht haben, die vielfältigen Probleme offensiv anzugehen.

In der Anfangszeit lag der Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit der AG darin, Diskriminierung am Arbeitsplatz abzubauen und Schutzrechte einzufordern. Aber es wurde von Anfang an auch mitgedacht, dass Bildung ein wesentlicher Schlüssel ist, um ein gesellschaftliches Umdenken herbeizuführen. „Wissen schafft Akzeptanz“ lautete das Credo der AG, ganz in der Tradition von Magnus Hirschfeld, der sich schon in der Weimarer Republik für Sexuaufklärung in der Schule einsetzte. Die Rechtslage hat sich z. B. durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und die Öffnung der Ehe für alle grundlegend verbessert und von daher liegt der Schwerpunkt heute auf bildungspolitischen Inhalten für eine Pädagogik der Vielfalt. Gleichwohl ist die Unterstützung einzelner Kollegen nach wie vor substantieller Bestandteil der Arbeit der AG.

Ein Grund, stolz zu sein!

Als Bildungsgewerkschaft ist die GEW der richtige Ort, um die bildungspolitischen Ziele der AG Schwule Lehrer voranzutreiben. Deshalb hat die GEW BERLIN von Anfang an die Initiative und das Anliegen der Gründungsmitglieder unterstützt, indem im Dezember 1978 für die AG Homosexuelle Lehrer in der GEW Berlin durch einen Beschluss des Landesvorstands der Grundstein gelegt wurde. Es war der erste Beschluss einer Gewerkschaft in Deutschland zu dieser Thematik und damit Ausgangspunkt einer

Erfolgsgeschichte, die in dieser Broschüre wunderbar dargestellt ist. Wir gratulieren herzlich zum 40-jährigen Jubiläum und danken allen Aktiven der AG für ihren Mut und ihr Engagement.

**„40 Jahre AG Schwule Lehrer
in der GEW Berlin**

– ein Grund, stolz zu sein!

**Doreen Siebernik und Tom Erdmann
Vorsitzende der GEW Berlin**

Diskussion, die dazu führte, dass der DGB mit seinen knapp sechs Millionen Mitgliedern sich heute gegen Diskriminierung und für rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von LSBTI*-Menschen positioniert. Die 40 Jahre ihrer Existenz und Aktivität sind eine beeindruckende





Bis zur Reform des § 175 StGB im September 1969 mussten schwule Lehrer damit rechnen, aus dem Dienst entlassen zu werden. Im August 1971 gründete sich die „Homosexuelle Aktion Westberlin“ (HAW) und 1972 auch die „1. Pädagogengruppe

der HAW“, deren Ziel es war,

sich gegen die Diskriminierung am Arbeitsplatz zur Wehr zu setzen. Für das 1. Pfingsttreffen 1973 erstellte die Gruppe eine Broschüre „schwul“, in der die Aktivitäten und die Ziele der Gruppe dokumentiert wurden,

so z.B. ein Brief an den Schulsenator, ein Flugblatt anlässlich einer Schwulendiskriminierung durch einen Schulleiter, Untersuchung von Biologiebüchern etc.. Auf der Demonstration gingen viele schwule Lehrer und lesbische Lehrerinnen aus Angst versteckt mit, getarnt durch eine weiße Kapuze.

Anfang 1974 litt die Gruppe unter Auszehrung und löste sich auf. Doch im Mai 1974 wurde die 2. Pädagogengruppe ins Leben gerufen. In diese Zeit fiel das Berufsverbot von Reinhard Koepp, einem Hauptschullehrer aus Wilmersdorf. In seinem Kündigungsschreiben hieß es:

„Lehrer ... haben nicht nur alle Verstöße gegen die ausdrücklich festgelegten Verhaltensnormen zu meiden, sondern ihr gesamtes Verhalten so einzurichten, dass es auch nicht gegen die ungeschriebenen Gesetze der Ehre, Sitte und des Anstandes verstößt. Zu den hier maßgeblichen Regeln gehört es, dass auch ein Lehrer mit homosexuellen Neigungen sich in der Öffentlichkeit nicht so aufführt, dass sein

Vor **1969**

musste ein Lehrer, der mit dem **§ 175** in Berührung kam, mit seiner Entlassung rechnen.

1972 - 1974

1. Pädagogengruppe der HAW
(Homosexuelle Aktion Westberlin)

Benehmen und Verhalten als anstößig empfunden wird... Diese Pflichten beanspruchen auch Vorrang gegenüber dem offensichtlichen Bemühen des Klägers, nach anfänglicher Unauffälligkeit einen persönlichen Beitrag zur ‚Emanzipation der schwulen Lehrer‘ zu leisten....

Er stellte auch bei der Wahrnehmung des Dienstes die Rolle eines femininen Homosexuellen, die er offenbar in seinem Sexualbereich übernommen hat, zur Schau. Für eine derartige Zurschaustellung gibt es weder zwingende noch billigenwerte Gründe... Der Kläger hätte... darauf verzichten müssen, gegenüber Schülern, Eltern und Kollegen sowie der Öffentlichkeit schlechthin als Lehrer ohne jede Not ein Gehabe an den Tag zu legen, das nach allgemeiner Anschauung als ‚tuntenhaft‘ negativ bewertet wird.“

Die Pädagogengruppe gründete das „Komitee ‚Solidarität mit Reinhard Koepp‘“ und führte eine breit angelegte

Entstehung der AG

Solidaritätskampagne durch, in der u.a. Parteien, Gewerkschaften, Presse, Rundfunk, Eltern, Schüler*innen und Kolleg*innen der Schule einbezogen wurden. Am 14.10.1974 wurde in der Technischen Universität ein Teach-In veranstaltet, auf dem gefordert wurde:

- ▲ **Die sofortige Wiedereinstellung von R. Koepp**
- ▲ **Der Rücktritt von Stadtrat Luckow**
- ▲ **Keine disziplinarischen Maßnahmen oder gar Entlassungen bei einem Outing**

1973

2. Pfingsttreffen der HAW in Berlin unter dem Motto „Die Unterdrückung der Homosexualität ist nur ein Spezialfall der allgemeinen Sexualunterdrückung“. Auf der Demo gingen viele Lehrer*innen mit einer Kapuze getarnt, um gegen die Diskriminierung am Arbeitsplatz Schule zu protestieren.

Auf eine parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Gerl (SPD) antwortete der Senator für Schulwesen, Löffler (SPD): „**Der Senat teilt Ihre Auffassung. Die persönliche Einstellung zur Sexualität ist allein kein Hinderungsgrund für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst. Das gilt grundsätzlich auch für den Schuldienst.**“ Damit war zum ersten Mal erreicht worden, dass ein Mitglied des Senats öffentlich zu dieser Frage Stellung genommen hatte.

Mit Unterstützung durch den Rechtsschutz der GEW BERLIN wurde Reinhard Koepf wieder in den Schuldienst eingestellt. Für die Gruppe bedeutete es aber auch, keine weiteren dringenden Aufgaben zu haben, und sie löste sich im Mai 1975 auf.

Im März 1978 erschien in der Berliner Lehrerzeitung der GEW BERLIN eine Anzeige, sich als schwule Lehrer erneut zu organisieren. Es trafen sich ca. 10 bis 15 Kollegen. Wir wollten die öffentliche Diskussion über Diskriminierung am Arbeitsplatz Schule beleben und

hielten es als GEW-Kollegen für richtig, die Diskussion zunächst in der GEW zu führen. Drei Gründe waren dafür maßgebend:

1 Aufgabe einer Gewerkschaft ist es, ihren Mitgliedern in arbeits- und dienstrechtlichen Fragen Schutz zu gewähren, ihre Interessen zu vertreten und sich bei Diskriminierung wegen der sexuellen Orientierung für den Abbau von Diskriminierung einzusetzen.

2 Die GEW stellt auch bildungspolitische Forderungen und wir wollten erreichen, dass sich die GEW dafür einsetzt, dass Homosexualität im Bildungsbereich nicht länger diskriminiert wird, sondern als eine der Heterosexualität gleichwertige und positive Lebensweise zu vermitteln sei.

3 Schließlich wollten wir bei öffentlichen Diskussionen auch kollegiale Unterstützung von unseren Kollegen erhalten.

Aus diesen Gründen erschien in der Berliner Lehrerzeitung 7/8 1978 unser erster Artikel „**Die Angst des schwulen Lehrers im Dienst oder das Tabu Homo-**



1974

Versuch eines **Berufsverbotes gegen einen schwulen Lehrer:**
Die Gruppe organisiert Demos mit Schüler*innen und Eltern, Veranstaltungen und Rechtsschutz durch die GEW BERLIN – mit Erfolg.

1974 - 1975

**2. Pädagogengruppe
der HAW**

sexualität im Erziehungswesen“ unter Namensnennung von drei Mitgliedern. Am 13.12.1978 wurde vom Landesvorstand der GEW Berlin unser Antrag angenommen, offiziell als „Arbeitsgemeinschaft homosexueller Lehrer und Erzieher in der GEW Berlin“ arbeiten zu dürfen. Am 1. Mai 1979 verteilten wir auf der Mai-Demo 10.000 rosa Flugblätter mit unseren Forderungen.

Mit Unterstützung des Vorstands führten wir am 13.07.1979 mit der Senatsschulverwaltung ein Gespräch über die rechtliche und bildungspolitische Diskriminierung von Homosexuellen und Homosexualität im Schulbereich. Die Ergebnisse und Kommentierung durch die AG wurden in der Berliner Lehrerzeitung 12/1979 auf acht rosa Seiten veröffentlicht. U.a. erhielten wir die Zusage, dass in den Rahmenplänen für Biologie Homosexualität nicht mehr im diskriminierenden Kontext mit „besonderen Formen des Sexualverhaltens“ aufgeführt wird. Auch wurde der diskriminierende Film „Christian und sein Briefmarkenfreund“, in dem Homosexuelle als Triebverbrecher bezeichnet werden, aus dem Verleih genommen.

Schließlich legten wir der Landesvertreterversammlung der GEW Berlin im Dezember 1979 einen Antrag zum **„Abbau der Diskriminierung von Homosexualität und**

Entstehung der AG

Homosexuellen im Erziehungsbereich“ vor, der auf dem Gewerkschaftstag der GEW 1980 in Mainz eingebracht wurde. Damit lag zum ersten Mal in einer DGB-Gewerkschaft ein Beschluss zu dieser Thematik vor.



Ausschnitt aus dem Flugblatt der GEW Berlin zum 1. Mai 1979



Gegen die Beschlüsse gab es auch Widerstand innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften. Erich Frister, 1. Vorsitzender der GEW, äußerte: „**Ich halte es nicht für vertretbar, dass Lehrerinnen und Lehrer in ihren Schul-**

klassen für ihre jeweilige Art des Sexualverhaltens ‚Propaganda‘ betreiben. ... Toleranz ja, aber Propaganda oder Detailunterrichtung über Homosexualität durch Homosexuelle in der Schule, bitte nicht.“ Und weiter: „**Ich möchte es dabei belassen, dass das Se-**

xualverhalten Privatsache unserer Mitglieder ist und dass es die GEW lediglich dann interessiert, wenn sie beruflichen Rechtsschutz brauchen sollten.“ Ähnlich argumentierte der Berliner ÖTV-Vorsitzende Heinz Hackbarth auf vergleichbare Initiativen in seiner Gewerkschaft, wenn er die Veröffentlichung eines Artikels im ÖTV-Dialog mit der Begründung ablehnte, „**dass die Zeitung nicht zu einem Pornoblatt degradiert und die ÖTV nicht zu einem Club für Verklemmte entarten dürfe**“.

Aber auch von außerhalb gab es Angriffe. Die Gründung unserer AG kommentierte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) vom 10.11.1980: „...**Da sind sie wieder, die Schlagworte der Emanzipation: Selbstbestimmung, Gleichberechtigung. Die Randgruppen begnügen sich, soweit Linksintellektuelle ihre Sprecher sind, nicht damit, toleriert zu werden. Sie wollen selbst bestimmen dürfen, wann sie sich der Mehrheit – und sei sie noch so groß – präsentieren, ja aufdrängen dürfen. Selbst am Arbeitsplatz, sogar gegenüber Kindern. Dieser als Pluralismus verkaufte Egoismus, der sich die Mehr-**

März 1978

Anzeige in der blz

der GEW Berlin, erneut eine Gruppe zu gründen

Juli/August 1978

Artikel in der blz „Die Angst des schwulen Lehrers im Dienst oder das Tabu Homosexualität im Erziehungswesen“ unter Namensnennung von drei Kollegen

Gemeinsam mit Gewerkschaften

heit gern passiv vorstellt, würde den in jeder Gesellschaft notwendigen Konsens zerstören.“ Und das Petrusblatt der katholischen Kirche in West-Berlin reagierte in einer Pressemitteilung vom 14. November 1980: **„Es muss verlangt werden, dass sich eine Kultusverwaltung oder gar eine Staatsanwaltschaft findet, die klarstellt, was hier in Wirklichkeit geschieht: dass eine Randgruppe ihre zweifelhafte Sonderart zum Unterrichts-fach machen und Kindern aufnötigen will. Es ist eine schamlose Missachtung des Elternrechts, auch des Rechts der Kinder auf eine saubere Erziehungs-atmosphäre, wenn die ‚Gründung‘ toleriert wird....“.**

In dieser Situation galt es, Bündnispartner zu finden, um sich gemeinsam gegen diese Anfeindungen zur Wehr zu setzen. In der Gewerkschaft ÖTV gab es den „Arbeitskreis Homosexualität“. Dieser veröffentlichte von 1983 – 1993 in zweimonatigem Abstand einen Rundbrief, in dem bundesweit Diskriminierungsfälle

beschrieben, Erfolge aufgezeigt und Urteile von Gerichten dokumentiert wurden. Auch in der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) gab es einen „Arbeitskreis homosexueller Frauen und Männer“. Zusammen erreichten wir, dass am 31. Januar 1986 auf der ordentlichen Bezirkskonferenz des DGB Landesbezirks Berlin beschlossen wurde: **„Der Landesbezirksvorstand und alle übrigen Gremien des DGB Landesbezirkes und seiner Mitgliedsgewerkschaften werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Vorurteile und Diskriminierungen gegenüber homosexuellen**

13.12.1978

Der Landesvorstand beschließt, eine **„AG homosexueller Lehrer und Erzieher in der GEW Berlin“** einzurichten.

1.5.1979

10.000 rosa Flugblätter mit unseren Forderungen werden auf der 1. Mai-Demo verteilt.

Frauen und Männern, lesbischen Kolleginnen und schwulen Kollegen am Arbeitsplatz, im Beruf und in der Gesellschaft abgebaut werden. Die Gewerkschaften werden aufgefordert, entsprechende Initiativen zu unterstützen.“

Auf dem DGB-Bundeskongress im selben Jahr wurde ein vergleichbarer Beschluss gefasst. Damit war eine Beschlusslage erreicht, die uns ermöglichte, weitere Initiativen zu entwickeln und kontinuierlich weiterzuarbeiten. Seit 2011 gibt es einen Arbeitskreis LSBTI* im DGB auf Bundesebene.

Wir nahmen auch Kontakt mit Homo-Medien und anderen öffentlichen Medien, wie Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen auf, um die gesellschaftliche Diskussion um Diskriminierung am Arbeitsplatz voranzutreiben und unsere Forderungen einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Auch Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit Homo-Verbänden wurden organisiert und bei Wahlen Prüfsteine entwickelt. Innerhalb der GEW ging von Berlin der Impuls aus, die Arbeit in der GEW auf der Bundesebene zu koordinieren.

Seit 1998 gibt es den „Arbeitskreis LSBTI*“ in der GEW, der auf zweimaligen Treffen pro Jahr die Arbeit auf Bundesebene und in den GEW-Landesverbänden koordiniert.

Auch wird dort die Arbeit auf der internationalen Ebene der Bildungsinternationale EI (Education International) vorbereitet.



30.6.1979

1. CSD in Berlin, an dem die AG homosexueller Lehrer teilnahm

13.7.1979

1. Gespräch mit der Senatsverwaltung für Schulwesen

Homolulu und die Folgen

In Frankfurt am Main kamen eine Woche lang, vom 23. bis zum 29. Juli 1979, mehr als 1.000 Teilnehmer zu einem internationalen Homosexuellen-Treffen zusammen. Sie diskutierten über die rechtliche und gesellschaftliche Diskriminierung in Deutschland und entwickelten Forderungen u.a. auch für den Bildungsbereich, wie z.B. **„Selbstdarstellung der Schwulen im Sexualekundeunterricht muss möglich gemacht werden.“** Auf der Abschlussdemonstration trugen wir ein Transparent **„Schwule Lehrer und Schüler fordern: Homosexualität kein Tabu in der Schule“.**

Die AG schwuler Lehrer in der GEW BERLIN hatte einen Workshop vorbereitet und geleitet und es entstand dort die Idee, ein bundesweites Treffen schwuler Lehrer zu organisieren. Dieses fand zum ersten Mal vom 24. bis zum 26. Mai 1980 in Hannover statt. Knapp 100 Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet diskutierten z. B. folgende Themen: Erfahrungsaustausch über unsere berufli-

che und menschliche Situation, berufliche und rechtliche Schwierigkeiten bei einem Outing, Besprechung der vielen unmöglichen und der wenigen brauchbaren Medien zum Thema "Homo und Sexualität". Es wurden regionale Lehrergruppen in verschiedenen Bundesländern gegründet, die bis heute bestehen.

Das 2. Bundesweite Treffen fand 1981 in Berlin statt. **Seit 1982 finden die „Pfungstreffen schwuler Lehrer“ in der „Akademie Waldschlösschen“ bei Göttingen statt, 2019 zum 40. Mal.**

23. - 30.7.1979

„Homolulu“ in Frankfurt/Main: Die AG organisiert den Workshop „Schwule und Schule“ und beschließt ein bundesweites Pfingsttreffen schwuler Lehrer in Hannover 1980.

1979

Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus: Die AG formuliert Wahlprüfsteine für den Bildungsbereich.

Die folgenden Zitate machen deutlich, in welchem gesellschaftlichen Klima die Auseinandersetzungen in den 70er und 80er Jahren stattfanden. Die Rechtslage hat sich heute zum Positiven verändert, der § 175 StGB wurde 1994 ersatzlos gestrichen, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) 2006 und die Ehe für alle 2017 eingeführt. Im Abgeordnetenhaus von Berlin wurde im Jahr 2010 von allen Fraktionen ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Homo- und Transphobie beschlossen: „Initiative Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ (ISV).

Der Paradigmenwechsel in den 90er Jahren:

Vom Stigma des „Triebverbrechers“
zum „Vorbild in der Schule“

Heute protestieren nur die AfD und die „besorgten Eltern“ auf der „Demo für Alle“ gegen die „Frühsexualisierung“ und den „Genderwahn“. Aber auch die CDU distanziert sich wieder von Maßnahmen der ISV. So begründete im Februar 2018 der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende Florian Graf den Antrag, die Verteilung

einer Handreichung für Kita-Fachkräfte zum Thema geschlechtliche und sexuelle Vielfalt unverzüglich zu stoppen: „Fragen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt gehören nicht in die Berliner Kindertagesstätten.“

▲ **1974: Lernziele zum Film „Christian und sein Briefmarkenfreund“:** „**Arten der Triebverbrecher, wie Exhibitionisten, Pädophile, Homosexuelle.**“ Homosexualität wird als „**perverses Sexualverhalten**“, „**sexuelle Abweichung**“ und „**neurotisch krankhafte Triebrichtung**“ bezeichnet.

▲ **1977: Schulrat Koeppen** auf der Dienstbesprechung der 1. Hauptschule Kreuzberg: „**Neben der Homosexualität ist es das schwerste Verbrechen eines Lehrers, einseitig zu sein (...)!**“

▲ **1978: Schulsenator Walter Rasch (FDP)** „**Solange die Rechtslage des § 175 StGB und des Art. 6 GG bestehen bleibt, kann homosexuelles Verhalten nicht als gleichwertig angesehen werden.**“

▲ **Schulsenatorin Dr. Laurien (CDU)** äußerte sich am **1.2.1983** in einer öffentlichen Diskussion über die Darstellung des antifaschistischen Widerstands in der Berliner Schule: „**in den Schulen wird die Homosexualität auch durchgenommen ... als eine Form, die wahrhaftig nicht die erstrebenswerte Erziehungsform ist.**“

Äußerungen von Politiker*innen

▲ **1990: Ministerpräsident von Bayern Streibl (CSU)**, warnt vor der Berliner SPD, die plane, „**das gleichgeschlechtliche Zusammenleben von Schwulen und Lesben unter den Schutz des Staates zu stellen.**“ Dies führe er nur aus ‚Pflichtgefühl‘ seinen Landsleuten gegenüber an, die das womöglich noch nicht wüssten. Schließlich hätten die Menschen damals auch gesagt, die Naziverbrechen seien ihnen nicht bekannt gewesen und sie hätten „**Hitlers ‚Mein Kampf‘ nicht gelesen.**“

▲ **Schulsenator Klemann (CDU)** schreibt **1991** an die GEW Berlin: „**biologisch normal ist die Heterosexualität**“ und lehnt die Forderung, Jugendgruppen zu erlauben, an einem „Schwarzen Brett für Schüler“ über sich zu informieren, als „**Werbeveranstaltung für außerschulisches Intimverhalten**“ ab.

▲ **1992: Der Berliner Innensenator Heckelmann (CDU)** äußerte sich als FU-Präsident zur Neugründung des Magnus-Hirschfeld-Instituts an der FU wie folgt: „**Soll über Sexualität forschen, wer damit Probleme hat, wir haben damit keine Probleme.**“

▲ **1992: Ein Blick nach Österreich: Der ÖVP-Justizsprecher Dr. Michael Graff:** „**Die Homosexuellen sollen eine Ruhe geben, sonst kriegen’s gar nichts.**“

▲ **1997: Schulsenatorin Ingrid Stahmer (SPD):** „**Auch gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sollen das Eherecht erhalten und Kinder adoptieren können.**“

▲ **2001: Die Rahmenrichtlinie für die Sexualerziehung an den Berliner Schulen (A V 27)** unterstreicht die Vorbildwirkung von „**offen homosexuell lebenden Lehrkräften**“ und betont, dass diese die „**sexuelle Identitätsentwicklung (...) von Kindern und Jugendlichen erleichtern**“.

▲ **2018: Iris Brennberger, Sprecherin von Bildungs-senatorin Sandra Scheeres (SPD):** „**Der Umgang mit Vielfalt und Diversität gehört in Berlin längst zur Lebenswirklichkeit von Erwachsenen und Kindern.**“



Neben den homophoben Moralvorstellungen der drei monotheistischen Weltreligionen war insbesondere der § 175 StGB die gesetzliche Grundlage für die gesellschaftliche Diskriminierung von Homosexualität und Homosexuellen.

Solange diese strafrechtliche Norm bestand, konnte die Senatsschulverwaltung die Forderung, **„dass weibliche und männliche Homosexualität als der Heterosexualität gleichwertige, gleichberechtigte und posi-**

tive Lebensform zu behandeln“ sei, ablehnen mit der Begründung: „Solange der Gesetzgeber als Legislative Homosexualität als Straftatbestand wertet, könne die Schulbehörde als Exekutive keine andere Auffassung akzeptieren. Es sei Aufgabe des Gesetzgebers, die Rechtslage zu ändern.“

Daraus zogen wir den Schluss, hier aktiver werden zu müssen. Zusammen mit den Arbeitskreisen in der ÖTV und HBV und vielen öffentlichen Aktionen erreichten wir, dass sowohl der DGB Berlin als auch der DGB auf Bundesebene sich für die ersatzlose Streichung des § 175 StGB einsetzten. Es dauerte schließlich noch bis zum 11. Juni 1994, dass im Strafgesetzbuch der § 175 gestrichen wurde.

Neben der Streichung von diskriminierenden Strafrechtsparagrafen forderten wir aber auch eine positive Weiterentwicklung von Rechtsnormen, die einen gesetzlichen Schutz vor Diskriminierung gewährleisten. Zusammen mit den Kollegen der ÖTV erarbeiteten wir

Pfingsten 1980

1. Bundesweites Pfingsttreffen schwuler Lehrer in Hannover mit 80 bis 90 Kollegen
– Gründung regionaler Lehrergruppen

Rechtliche Forderungen

Anfang der 80er Jahre einen Entwurf für ein Antidiskriminierungsgesetz für Schwule und Lesben in Arbeit und Beruf. Dieser Entwurf wurde in den juristischen und gewerkschaftlichen Medien publiziert und kommentiert. Er zielte auf eine konkrete Umsetzung im Arbeits- und Dienstrecht sowie im betrieblichen Alltag und innerhalb der Gewerkschaftsarbeit. Die gewerkschaftliche Position zum Antidiskriminierungsgesetz floss in den Folgejahren in die Gesetzgebung der Bundesländer sowie im Betriebs- und Bundespersonalvertretungsgesetz ein.

Über die internationale Gewerkschaftsvernetzung wurde auch auf die EU-Gesetzgebung Einfluss genommen, so dass die im Jahr 2000 beschlossene Antidiskriminierungsrichtlinie (2000/78/EG) den **„Schutz der sexuellen Ausrichtung“** für die Arbeitswelt in allen EU-Beitrittsländern für verbindlich erklärte – allerdings mit Ausnahme der Kirchen.

Im Rahmen des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes übernahmen Gewerkschaften zahlreiche Diskriminierungsklagen ihrer Mitglieder. Bereits vor Verabschiedung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (LPartG) im Jahr 2001 und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) im Jahr 2006 wurden Urteile durchgesetzt, die eine Benachteiligung homosexueller Partnerschaften bei Vergütungs- und Freistellungsregelungen als Verstoß gegen das Gleichbehandlungsgebot feststellten.



1984

„International Year of Lesbian and Gay Action“ in Amsterdam: Die AG trifft sich mit Kolleg*innen aus Dänemark, Großbritannien, Niederlande, Norwegen, Schweden.



Im Folgenden soll die Entwicklung der bildungspolitischen Diskussion aufgezeigt werden vom ersten Beschluss einer DGB-Gewerkschaft aus dem Jahre 1980 bis hin zur jetzigen Beschlusslage der GEW aus dem Jahre 2013. Wir dokumentieren einen Aufsatz in der

bbz 12.2018 der GEW Berlin „Gewerkschaftliches Engagement lohnt sich – Sich gegen die Diskriminierung von weiblicher und männlicher Homosexualität einzusetzen – so lautete das Ziel der AG Schwule Lehrer bei ihrer Gründung. Was hat sich in

40 Jahren getan?“ von Ulf Höpfner und Detlef Mücke, in dem die wichtigsten Forderungen von damals benannt werden und beschrieben wird, wie sich die heutige Situation darstellt.

Von einer emanzipatorischen Sexualpädagogik zur Pädagogik der Vielfalt

Auf dem Gewerkschaftstag 2013 hat die GEW folgenden Beschluss gefasst: **„Abbau von Geschlechterstereotypen und Diskriminierung wegen des Geschlechts, der Geschlechtsidentität und der sexuellen Orientierung in Schulbüchern und anderen Unterrichtsmedien und -materialien“** (siehe QR Code). Im Vergleich wird deutlich, dass es in den 80er Jahren darum ging, „Heiße Eisen“ anzufassen und diese unter dem Begriff der „emanzipatorischen Sexualpädagogik“ zu thematisieren. Die von der AG Schwule Lehrer in der GEW Berlin mit organisierten Pädagogischen Kongresse „Lebensformen und Sexualität – Was heißt hier normal?“ in den

1990

Ein Mitglied der AG vertritt die GEW auf der **UNESCO-Konferenz „World Consultation of Teacher’s Organizations on Education for AIDS-Prevention“** unter Beteiligung von vier internationalen Lehrerorganisationen, der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Jahren 1992 und 1997, aber auch die Erfolge der Frauen- und Homosexuellenbewegung haben zur Diversifizierung aller Beziehungs- und Lebensbereiche und zur Ausdifferenzierung der Theoriebildung geführt. So wird heute als Weiterentwicklung in neo-emanzipatorischer Richtung von einer Sexualpädagogik der Vielfalt gesprochen.

Bildungspolitische Forderungen

Als Bildungsgewerkschaft befürwortet die GEW eine Pädagogik der Vielfalt, die Kinder und Jugendliche dabei begleitet, sich selbstbestimmt und angstfrei zu entfalten, ihren eigenen Weg durchs Leben zu finden und eine aktive Rolle in einer demokratischen vielfältigen Gesellschaft zu spielen. Die GEW tritt dafür ein, dass Gender-Kompetenz von Lehrkräften der erforderliche Raum in der Aus- und Weiterbildung eingeräumt wird. Lehr- und Bildungspläne, pädagogische Konzepte, Lehrmaterialien und -bücher müssen entsprechend reformiert werden.

Die GEW bezieht damit Position gegen die neu-rechten und christlich-fundamentalistischen Gruppierungen, die versuchen, ein traditionelles und Frauen diskriminierendes Familienbild, eine naturalisierende Sicht auf Geschlecht und eine extrem konservative Sexualmoral durchzusetzen.

QR Code: Beschluss
des Gewerkschaftstages
der GEW 2013 3.19





Nach der Etablierung der ersten gewerkschaftlichen „AG homosexuelle Lehrer“ in der Bundesrepublik im Berliner GEW-Landesverband wurde ein einseitiger Antrag bei der LW eingebracht, der bei der Bundesdelegiertenversammlung im Oktober 1980 zum Beschluss führen sollte.

Welche der Forderungen von vor fast 40 Jahren konnten bis heute umgesetzt werden? Wie erscheinen die Forderungen von damals aus heutiger Sicht?

Der Beschluss war in drei Teile gegliedert: Der Teil A sollte das Selbstverständnis der GEW bezüglich der damals noch sehr stark umstrittenen Akzeptanz von

Veränderte Forderungen in 40 Jahren Arbeit der AG Schwule Lehrer:

Von „**heißen Eisen**“ bis zur „**Sexualpädagogik der Vielfalt**“

Homosexualität und natürlich erst recht von homosexuellen Lehrkräften klären. Viele Menschen, damals auch Kolleg*innen, gingen wie selbstverständlich davon aus, dass einvernehmliche Homosexualität von Erwachsenen krankhaft sei. Die Weltgesundheitsorganisation strich „Homosexualität“ erst 1992 als Krankheit.

1991

Überfall von jugendlichen Neonazis auf das Frühlingsfest von Charlotte von Mahlsdorf. Die Öffentlichkeit fragt, ob schulische Sexualerziehung hier versagt habe. Die Senatsschulverwaltung: „(...) **biologisch normal ist die Heterosexualität und Homosexualität ein davon abweichendes Verhalten.**“ >

Bildungspolitische Forderungen

Strafrechtliche Relevanz hatte sie in eingeschränkter Form immer noch bis 1994. Der Kontakt von Homosexuellen mit Kindern und Jugendlichen, erst recht in der Schule, war immer noch hochgradig vorurteilsbelastet. In diesem Klima sollte für die GEW ab sofort gelten: **„Die GEW sieht es als ihre Aufgabe an, sich für den Abbau der bestehenden Diskriminierung von weiblicher und männlicher Homosexualität und von lesbischen Frauen und homosexuellen Männern im Erziehungsbereich einzusetzen.“** Von dieser grundsätzlichen Feststellung hingen natürlich alle weiteren Detailforderungen ab.

Teil B richtete sich nach innen an die GEW-Landesverbände selbst. **„Die GEW unterstützt Initiativen von homosexuellen Lehrern und Erziehern/lesbischen Lehrerinnen und Erzieherinnen, sich in der GEW in Arbeitsgruppen zu organisieren.“**

Gibt es heute fast 40 Jahre später diese Arbeitsgruppen? Ja! Während in Berlin die AG Schwule Lehrer

kontinuierlich seit 40 Jahren arbeitet, kam es im Laufe der Jahre zu immer mehr AG Gründungen. In Berlin und in Baden-Württemberg folgten bald AGs lesbischer Lehrerinnen. In vielen anderen Bundesländern dauerte es noch sehr lange: Erst innerhalb der letzten 20 Jahre etablierten sich in Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Hessen und Rheinland-Pfalz stabile Arbeitsgruppen, vor kurzem erst schwule AGs auch in Baden-Württemberg und Bayern. Besonders stolz kann die GEW jedoch auf eine sehr wichtige Arbeitsgruppe sein: Die Bundes-AG LSBTI, angesiedelt direkt beim Hauptvorstand, in der ehren-

> Aufklärungsprojekte durch Referenten in Schulklassen werden nicht genehmigt, mit der Begründung, dass dies **„Werbung für außerschulisches Intimverhalten sei“**. Daraufhin beschließt das Abgeordnetenhaus von Berlin die Genehmigung.

amtliche Aktive aus vielen Bundesländern arbeiten, kann auf ein stattliches Arbeitspensum innerhalb der letzten 20 Jahre zurückblicken.

Doch, wo sind die weißen Flecken der GEW-LSBTI-Landkarte? Bis heute sind von den östlichen Bundesländern nur in Sachsen und Thüringen einzelne GEW-Kolleg*innen bei LSBTI-Themen aktiv. In Niedersachsen und Schleswig-Holstein gab es gelegentlich Aktivitäten.

Welche Aufgaben wurden den Arbeitsgruppen der GEW vor 40 Jahren gestellt und sind diese heute erledigt? Im Teil C wurden neun konkrete Forderungen formuliert:

1 Gleichberechtigte, gleichwertige und nicht abwertende Darstellung von Hetero- und Homosexualitäten in den Rahmenlehrplänen! Das ist bis heute keineswegs vollständig umgesetzt. Die diskriminierungsarme Anpassung der Rahmenpläne an den aktuellen Stand der Sexualwissenschaft bleibt eine Daueraufgabe. Grundsätzlich jedoch stellt die

derzeitige Rahmenplan-Situation einen deutlichen Fortschritt dar! Gut dokumentiert ist dies in den Formulierungen im Teil B des Berliner Rahmenlehrplans.

2 Diskriminierende Schulbücher und Medien raus aus der Schule! Ja, üble oder hetzerische Darstellungen von Homosexualität gibt es heute nicht mehr. Lehrfilme, in denen Pädophilie und Homosexualität gleichgesetzt werden, auch nicht. Allerdings sind bis heute Darstellungen von LSBTI-Personen sowohl in Text als auch im Bild, vor allem auch durch die Kontextuierung, häufig nicht diskriminierungssensibel, stigmatisierend und vorurteilsfördernd.

3 Verfolgung von LSBTI-Personen in der nationalsozialistischen Diktatur im Unterricht vermitteln! Bis heute ist es keineswegs selbstverständlich, dass Schüler*innen im Schulunterricht erfahren, dass LSBTI-Personen im Nationalsozialismus schwersten Verfolgungen, bis hin zur systematischen Ermordung in Konzentrationslagern ausgesetzt waren, die

16. bis 18.9.1992

1. Pädagogischer Kongreß: „Lebensformen und Sexualität – Was heißt hier normal?“

Veranstalter: Senatsverwaltung für Jugend und Familie, Diesterweg-Hochschule e. V., Berliner Hochschule der Künste und die GEW Berlin mit über 500 Teilnehmer*innen

Bildungspolitische Forderungen

komplette LSBTI-Infrastruktur in kurzer Zeit durch die Nazis für Jahrzehnte nachhaltig zerstört wurde und vor allem in der Bundesrepublik die Verfolgung auf Grundlage des Naziparagraphen § 175 gegen homosexuelle Männer noch jahrzehntelang fortgesetzt wurde. Es bleibt weiterhin dem Engagement der einzelnen Lehrkräfte überlassen, ob ihre Schüler*innen diesen Bereich der deutschen Geschichte kennenlernen. Das Bewusstsein dafür ist jedoch gestiegen, Lehrmaterialien und Schulbuchtexte, auch von der Bundeszentrale für politische Bildung, stehen dafür zur Verfügung.

4 Lesbisch-schwule Aufklärungsprojekte in die Schule! In den meisten Bundesländern gibt es heute verschiedene LSBTI-„Aufklärungsprojekte“. In der Regel arbeiten diese nach dem Peer-to-Peer-Prinzip, also junge LSBTI-Personen werden nach modernen Bildungsstandards ausgebildet, um mit Schüler*innen

zu LSBTI-Themen methodisch-sinnvoll, sensibel und altersgemäß in Workshops arbeiten zu können. Oft sind diese Projekte stark nachgefragt und sind in vielen Schulen beliebter fester Bestandteil des Schullebens.

5 Ausbildung der Lehrkräfte zu diskriminierungssensiblen Unterricht! Im Ausbildungshandbuch für das Referendariat ist endlich vorgesehen, dass auch im Bereich von LSBTI-Themen gearbeitet wird. Eine entsprechende Evaluation müsste zeigen, ob dies tatsächlich in ausreichender Weise passiert und die

17. bis 19.9.1997

2. Pädagogischer Kongreß: „Lebensformen und Sexualität – Herrschaftskritische Analysen und pädagogische Perspektiven“
mit 500 Teilnehmer*innen

neu ausgebildeten Lehrkräfte hinreichende LSBTI-Kompetenzen erwerben. In der Universitätsausbildung ist die Ausbildung hierzu immer noch nicht obligatorisch. Das Angebot hierzu ist selbst an den Berliner Hochschulen dünn. Studierende, die ein eigenes Interesse dafür mitbringen, haben immerhin Möglichkeiten, die entsprechenden Kompetenzen zu entwickeln.

6 Homosexualität darf kein Anlass für dienstrechtliches Vorgehen sein! Das ist heutzutage ganz klar ausgeschlossen! Nicht ganz ausgeschlossen ist leider, dass manche Vorgesetzte dennoch die LSBTI-Kolleg*innen schikanieren und unter Druck setzen. Die GEW-Personalräte sind hierzu geschult und wissen, wie in solchen Fällen zu handeln ist.

7 Vorgesetzte müssen lesbische Lehrerinnen und schwule Lehrer im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht schützen! Rechtlich eindeutig ja! Sollte es zu Diskriminierungen oder Angriffen auf eine Lehrkraft auf Grund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtli-

chen Identität kommen, müssen die Schulleitung und die Schulaufsicht handeln. Dass es zu Verletzungen dieser Fürsorgepflicht kommt, ist leider immer noch der Fall. In solchen Fällen sind die GEW-Personalräte die richtigen Ansprechpersonen.

8 Schwulen Schülern und lesbischen Schülerinnen muss erlaubt sein, sich in der Schule als Gruppe zu finden und ihre Probleme zu artikulieren! Rechtlich steht dem heutzutage nichts im Weg. Überschätzt wurden damals vermutlich der Wille und die Kraft zum Engagement der LSBTI-Schüler*innen. Obwohl es nach fast 40 Jahren einfacher ist, kommt es sehr selten dazu, dass Schüler*innen von sich heraus organisierte Gruppen an der Schule bilden. Ein Grund ist sicher auch, dass auch heute, trotz des veränderten gesellschaftlichen Klimas, in den Schulen häufig ein diskriminierendes, nicht akzeptierendes Klima konserviert geblieben ist. Das belegen auch neuere Studien. Es führt außerdem dazu, dass die meisten LSBTI-Personen zwar ihr Coming-out während der Zeit des Schul-



1994 bis 2004

Teilnahme am „**lesbisch-schwulen kommunalpolitischen Ratschlag**“
im Bezirksamt Charlottenburg

besuchs haben, aber sich immer noch nicht während der Schulzeit anderen gegenüber outen.

9 Keine Zensur von schwul-lesbischen Initiativen von Schülerinnen und Schülern durch Kultusbehörden, sondern deren Unterstützung! Es gibt wohl keine nennenswerte Zensur durch die Kultusbehörden mehr, aber auch wenige eigene Aktivitäten von LSBTI-Schüler*innengruppen. Politisch aktive LSBTI-Schüler*innen engagieren sich häufig eher außerhalb der Schule. Und nicht zu unterschätzen: an immer mehr Schulen finden im Rahmen von AGs, Queer-Straight-Alliances, Queer-History-Month oder Projekttagen Veranstaltungen mit der Sichtbarmachung schwulen, lesbischen, queeren Lebens statt. Es wurde also wirklich erreicht, dass hier ein Paradigmenwechsel in Berlin und vielen anderen Bundesländern stattfand. Wichtigste Erkenntnisse bei der Auswertung des alten Beschlusses: Viele der Forderungen von

Bildungspolitische Forderungen

vor 40 Jahren haben Früchte getragen. Gewerkschaftliches Engagement lohnt sich! Dennoch haben einige Forderungen an Aktualität kaum eingebüßt, weil sich zwar die Rechtslage und viele politische Normen geändert haben, aber noch immer nicht generell die Sensibilität der an Schule Beteiligten und die gesellschaftliche Akzeptanz. Eine Weiterentwicklung der alten Forderungen ist nötig, bedenkt man, dass die Formulierungen von damals eine stark an binäre Geschlechtsmodelle geknüpfte Denkweise reflektieren. Non-binäres, queeres Denken und intersektionale Erziehungskonzepte

1996

Veröffentlichung der **Broschüre „In jeder Klasse – Lesbische und schwule Jugendliche in der Schule“**, eine Studie aus den Niederlanden, Druck durch die GEW Berlin

waren damals außerhalb des „homo-politisch“ Denk-
baren. Sie stehen aber keineswegs im Widerspruch zu
den Forderungen von damals.

Impressum

Herausgeberin

AG Schwule Lehrer in der GEW Berlin
Ahornstraße 5
10787 Berlin
www.schwulelehrer.de

Redaktion und Fotos

Detlef Mücke
Ulf Höpfner
Alexander Lotz
Martin Helbig
Volker Göbeler

Gestaltung

Anselm Wittenstein



150 JAHRE
**MAGNUS
HIRSCHFELD**



Zusammenarbeit mit anderen Organisationen

Gewerkschaftsarbeit findet nicht im luftleeren Raum statt. Neben Kontakten zu allen am Schulleben Beteiligten, ist es wichtig, Netzwerke zu bilden, um sich gegenseitig zu informieren und zu unterstützen. So tauschen wir uns regelmäßig mit den bildungs- und queerpolitischen Sprecher*innen im Berliner Abgeordnetenhaus aus, um politische Initiativen zu koordinieren. Auch gibt es Kontakte zum LSVD auf Landes- und Bundesebene, zur Magnus-Hirschfeld-Stiftung und Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft, zum schwulen Antigewalt-Projekt MANEO und zu allen Initiativen, die im Bildungsbereich aktiv sind, wie z. B. QUEERformat, ABqueer und Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage.

Durch die Zusammenarbeit mit dem Schwulen Museum Berlin und dem Jugend Museum Schöneberg wurde das Projekt Queer History Month ins Leben gerufen. Es ist ein Bildungsangebot, das einlädt, sich in kleinen Projekten mit Aspekten geschlechtlicher und sexueller Vielfalt und Antidiskriminierung zu beschäftigen. Es wird von der Senatsbildungsverwaltung und der Freien Universität Berlin, Arbeitsbereich Didaktik der Geschichte (Prof. Dr. Martin Lücke), unterstützt.

Aber auch auf Bundesebene halten wir Kontakt zu allen Aufklärungsprojekten in den Bundesländern. Schließlich gibt es Kontakt zu Bundes- und Landesbehörden, wie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und des Landes Berlin, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs.

queer
history

QR-Code: Bildungsserver
Berlin- Brandenburg,
Materialien zum Thema
„Sexuelle Vielfalt“





Als ab Anfang der 1980er Jahre das Thema AIDS in der öffentlichen Diskussion mit Ansteckungsängsten in der Arbeitswelt in Verbindung gebracht wurde, versuchten die Gewerkschaften den Ängsten entgegenzutreten und sich für den Schutz

von HIV-infizierten Kollegen in der Gewerkschaftspresse und auf Veranstaltungen einzusetzen. Auf Vorschlag der AG wurde zum Thema **„AIDS – Aufklärung statt Panik“** von der GEW BERLIN am 6. Februar 1986 an der Technischen Universität ein

Informationsabend für die im Schul- und Erziehungsbereich Beschäftigten veranstaltet. Auf Bundesebene veröffentlichten am 27. Februar 1987 die GEW zusammen mit dem konservativen „Verband Bildung und Erziehung“ eine **„Gemeinsame Erklärung – Mit Aufklärung und Humanität gegen eine epochale Bedrohung“** und unterstützten damit die von der damaligen Gesundheitsministerin Rita Süssmuth eingeleitete Aufklärungskampagne zur AIDS-Problematik.

Auf einer Fachtagung der GEW BERLIN am 1. März 1989 wurde **„AIDS als schulisches und gesellschaftliches Problem“** diskutiert und **„Rechtsprobleme im Umgang mit AIDS im Verhältnis Schüler/Eltern/Lehrer/Schulverwaltung“** erörtert.

Das Thema AIDS hatte auch Folgen für die Sexualerziehung. Um eine wirksame Prävention zu erzielen, musste über Übertragungswege und über Sexualpraktiken gesprochen werden, die bisher weitgehend tabuisiert waren. Da in Deutschland der überwiegenden

1998

Gründung und Mitarbeit im AK LSBTI*
der GEW auf Bundesebene

AIDS und die Folgen für die Sexualerziehung

de Teil infizierter Personen schwul war, musste auch über die Bandbreite schwulen Sexes gesprochen werden. Dies überforderte viele Kolleg*innen, da sie erstens selbst zu wenig wussten und zweitens sich überfordert fühlten, mit der notwendigen Offenheit und Souveränität diese Thematik im Unterricht zu behandeln. Es war also notwendig, Kompetenz von außen in die Schule zu holen. In der Regel waren dies Vertreter von den sich im Aufbau befindenden AIDS-Hilfen. Notwendig war auch, die rechtlichen Voraussetzungen für AIDS-Prävention an den Schulen zu schaffen. Curricula mussten erstellt und Unterrichtsmaterialien entwickelt werden. **Als AG forderten wir dabei, dass AIDS-Prävention integraler Bestandteil einer umfassenden Sexualerziehung sein muss und nicht als Einstieg in das Thema Sexualität überhaupt geeignet ist.**

Aber von 1982 – 1989 stand mit Dr. Hanna-Renate Laurien (CDU) eine ausgeprägt konservative Politikerin an

der Spitze der Berliner Schulverwaltung, von der keine Impulse für eine emanzipatorische Sexualpädagogik zu erwarten waren. Obwohl ehrlicherweise auch gesagt werden muss, dass Dr. Hanna-Renate Laurien als überzeugte Katholikin sich gegen die Auffassung der Kirche stellte, indem sie als Präventionsmaßnahme an Schüler*innen Kondome – eingetütet in einem Briefumschlag – verteilte.



2001

Druck und Veröffentlichung der **Studie „Sie liebt sie – Er liebt ihn“**, eine Studie zur psychosozialen Situation junger Lesben, Schwuler und Bisexueller in Berlin durch die GEW Berlin



Die politische Situation sollte sich nach der Wende ändern.

Am 29. Januar 1989 wurde in West-Berlin die erste rot-grüne Regierung gewählt, die aber nur bis November 1990 hielt. Die „Alternative Liste“ (AL) stellte drei Senatorinnen.

Sybill Volkholz, vorher stellvertretende Vorsitzende der GEW BERLIN, wurde Schulsenatorin und Anne Klein Senatorin für Jugend, Frauen und Familie. Anne Klein richtete in ihrer Verwaltung das „Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ ein, das erste

seiner Art in Deutschland, mit dem wir als AG sehr eng zusammen arbeiteten.

In der Hoffnung auf eine positive Wende in der Bildungspolitik wandten wir uns mit einem Schreiben erst am 23. Oktober 1990 an Sybille Volkholz und trugen neun Forderungen vor. Es sei an dieser Stelle erinnert, dass am 9. November 1989 in Berlin die Mauer fiel und die Prioritäten der Vereinigung beider Stadthälften zunächst im Vordergrund standen.

Nach Zerfall der rot-grünen Regierung im November 1990 wurde die Schulverwaltung in der Großen Koalition von CDU/SPD nun wieder von einem Konservativen, Jürgen Kleman (CDU), geführt. Dieser beantwortete nun mit Datum vom 28.02.1991 unser Schreiben, das uns in seiner Wortwahl fassungslos machte und unsere Erwartung an einen Fortschritt in der Sexualerziehung in der Berliner Schule mehr als enttäuschte.

„Soweit Vorurteile bei der Behandlung gleichge-

2001

Als ein Ergebnis des Gesprächs der AG mit der Senatsschulverwaltung werden in Berlin die fortschrittlichsten **„Richtlinien zur Sexualerziehung“** im Bundesgebiet veröffentlicht.

Durchbruch nach der Wende

schlechtlicher Zuneigung erkennbar sind, soll der Unterricht zu deren Abbau beitragen. Staat und Schule können jedoch ein derartiges Verhalten nicht als „normal“ hinstellen und dafür werben. Unsere Bitte, „lesbischen und schwulen Jugendgruppen zu erlauben, am „Schwarzen Brett für Schüler“ über sich zu informieren, wurde mit der Begründung abgelehnt, dass die Informationen „das außerschulische Intimverhalten der Schüler betreffen und auch keinen indirekten Bezug zur Schule haben“.

Auch die Forderung, dass Homosexuelle als Referenten in Schulklassen zugelassen werden dürfen, wurde wie folgt abgelehnt: **„Biologisch normal ist die Heterosexualität. Insofern ist Homosexualität ein von dieser Norm abweichendes Sexualverhalten, für das die Wissenschaft um ein Auffinden der Ursachen bemüht ist.“** **„Ein isoliertes Auftreten von Schwulen und Lesben in der Schule würde fast zwangsläufig zu einer**

Werbeveranstaltung degenerieren, da ein isolierter Auftritt dieses Personenkreises im Unterricht mit dem Ziel, über ihr Leben zu informieren, auch immer bekenntnishafte und werbende Züge tragen würde.“

Im Frühjahr 1991 wurde das Frühlingfest im Gründerzeitmuseum von Charlotte von Mahlsdorf von jugendlichen Neonazis überfallen. Die Berliner Presse reagierte entsetzt und stellte öffentlich die Frage, ob die Sexualerziehung in der Berliner Schule nicht versagt habe. Dies nahmen wir zum Anlass, den gesamten Schrift-

2006

Zwei Senatsverwaltungen und das LISUM (Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg) veröffentlichen eine **„Handreichung für die weiterführenden Schulen – Lesbische und schwule Lebensweisen“** mit Unterrichtsmaterial.

wechsel zwischen der AG schwuler Lehrer und der Senatsverwaltung der Presse zur Verfügung zu stellen. Wir veranstalteten am 24. Juni 1991 in der Friedensburg-Oberschule in Berlin-Charlottenburg eine Podiumsdiskussion zum Thema **„Sexualerziehung: 6 (un-)genügend) – Was lesbische und schwule Jugendliche in der Schule (nicht) erfahren“** mit Vertreter*innen der Senatsverwaltungen für Schule und Jugend, Landeseltern-, -schüler- und -lehrausschuss und der TU Berlin. Die Presse titelte **„Homo-Aufklärer in Schulen unerwünscht“**, taz vom 30. Mai 1991 oder **„Sex ist in der Schule Tabu“**, Berliner Zeitung, 26.06.1991. Es gab Diskussionen im Abgeordnetenhaus von Berlin mit dem Erfolg, dass dieses am 18.06.1992 beschloss, Homosexuelle als Referenten in der Berliner Schule zuzulassen. Es folgten weitere Maßnahmen für Fortbildungen für Lehrkräfte und auch curriculare Verbesserungen.

Mit diesem Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses ist ein Durchbruch erzielt worden, der für die ganze Bundesrepublik Folgen hatte. Nach und nach wurde

auch in allen anderen Bundesländern die bisher restriktive Haltung aufgegeben und Schulaufklärungsprojekte gefördert.

Vom 16. bis zum 18.09.1992 fand in Berlin ein Pädagogischer Kongress **„Lebensformen und Sexualität – Was heißt hier normal?“** statt, der vom Fachbereich gleichgeschlechtliche Lebensweisen, der GEW Berlin, der gewerkschaftlichen Diesterweg Hochschule e. V. und der Hochschule der Künste organisiert wurde und an dem über 500 Teilnehmer*innen aus dem In- und Ausland teilnahmen. Thomas Krüger, Senator für Jugend und Familie (SPD), erkannte die Vielfältigkeit möglicher Lebensformen an, forderte dazu auf, offen über diese Realität zu sprechen, sie Jugendlichen jenseits sexueller und geschlechtsrollen-differenter Festschreibungen aufzuzeigen, um sie in ihrer Identitätsfindung zu unterstützen und Akzeptanz gegenüber Anderslebenden zu fördern.

1995 wurde – auch durch Unterstützung der GEW Berlin – Artikel 10 (2) der Berliner Verfassung dahingehend er-



2009

Zusammenarbeit mit der rot-roten Landesregierung für den Bildungsbereich in der Initiative des Berliner Abgeordnetenhauses **„Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“**

Durchbruch nach der Wende

gänzt, dass **„niemand wegen seines Geschlechts, (...) oder seiner sexuellen Identität benachteiligt oder bevorzugt werden“** dürfe. Auch Artikel 12 wurde um einen 2. Absatz ergänzt, der lautete: **„Anderere auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften haben Anspruch auf Schutz vor Diskriminierung.“** Es galt nunmehr, diesen Verfassungsanspruch auch Verfassungswirklichkeit werden zu lassen.

Im Jahr 1996 wurde Ingrid Stahmer (SPD) nach langjähriger christdemokratischer Bildungspolitik Schulsenatorin in Berlin. Mit ihr führten wir 1997 ein Gespräch, in dem u.a. vereinbart wurde, die „Richtlinien zur Sexualerziehung“ aus dem Jahr 1972 dem heutigen Stand der Sexualwissenschaft anzupassen und neu zu formulieren seien. Weiterhin sollten die Rahmenlehrpläne der Berliner Schulen mit dem Ziel überarbeitet werden, dass sich die Vielfalt von Lebensentwürfen nicht nur im Biologieunterricht, sondern auch in den Fächern Deutsch, Geschichte, Sozialkunde, Fremdsprachen und Kunst wiederfin-

det. Dazu sollte eine „Handreichung für schwul-lesbische Lebensweisen“ erstellt werden.

Auf dem 2. Pädagogischen Kongress **„Lebensformen und Sexualität – Herrschaftskritische Analysen und pädagogische Perspektiven“** vom 17. bis 19. September 1997 mit wiederum ca. 500 Teilnehmer*innen spiegelte sich die Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Diskussion wider. Stichworte wie „Lebensformenpolitik“ und „Akzeptanz verschiedener Lebensweisen“ zeigten auf, dass auch die Selbstbestimmung jedes und

2012

Initiierung und Mitarbeit am Projekt
„Queer History Month“

2016

Kritik der GEW an den neuen Rahmenplänen;
Mitarbeit in der Rahmenplankommission

jeder Einzelnen und die gegenseitige Akzeptanz zu fördern seien. Dazu war es notwendig, mehr über die psychosoziale Lage von lesbischen und schwulen Jugendlichen zu erfahren. In Deutschland gab es dazu keine Untersuchungen. Im Rahmen des 13. Charlottenburger Stadtgesprächs des lesben- und schwulenpolitischen Ratschlags im Rathaus Charlottenburg wurde am 29. September 1994 eine Studie aus den Niederlanden vorgestellt **„In jeder Klasse – Lesbische und schwule Jugendliche in der Schule“**, in der aufgezeigt wurde, dass Kinder und Jugendliche mit gleichgeschlechtlicher Orientierung sich in ihrer Sozialisation einer Selbsttaubisierung ihrer sexuellen Gefühle gegenübergestellt sehen und ihnen Leit- und Vorbilder für die mögliche Entwicklung einer gleichgeschlechtlichen Orientierung fehlen. Die Ergebnisse dieser Studie, die im Rahmen der „Homo-Studien“ an der Universität Utrecht erstellt wurde, wurden ins Deutsche übersetzt. Die GEW Berlin erstellte 1996 die Broschüre und übernahm auch die Druckkosten und Verteilung.

Diese Studie war Anlass dafür, auch in Berlin eine Studie zu erstellen. Das Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen erstellte einen umfangreichen Fragebogen und wertete diesen aus. Die Ergebnisse der Studie **„Sie liebt sie. Er liebt ihn. – Eine Studie zur psychosozialen Situation junger Lesben, Schwuler und Bisexueller in Berlin“** von 2001 zeigten deutlichen Handlungsbedarf auf und waren Anlass für verschiedene darauf folgende Veranstaltungen, Diskussionen und Maßnahmen in dieser Stadt.

Es sei zum Schluss darauf verwiesen, dass auch mit großer Unterstützung der AG schwuler Lehrer das Abgeordnetenhaus Berlin am 02.04.2009 die „Initiative Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt (ISV)“ beschlossen hat. Wir brachten unsere Kompetenz ein, die Maßnahmen im „Handlungsfeld Bildung und Aufklärung stärken“ zu formulieren.



2016

Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

zur Erstellung eines Materialbandes „Sexualitäten, Geschlecht, Identitäten“

CSD Straßenfest Europride

Seit dem 1. CSD vor 40 Jahren ist die „AG schwuler Lehrer“ an der Demonstration beteiligt. Mit unterschiedlichen Transparenten, die die jeweilige politische Situation widerspiegelte, wurden entweder Forderungen aufgestellt, wie z. B. **„Homosexualität – kein Tabu in der Schule“** oder Fortschritte bekannt gemacht, wie z. B. **„Schwule Lehrer – Vorbild in der Schule“**. Seit einigen Jahren nehmen wir mit Kolleg*innen von Ver.di und der DGB-Jugend mit einem Bus am CSD teil, der zum Ausdruck bringt, dass der DGB Berlin-Brandenburg unsere Arbeit unterstützt und mitträgt. Seit Jahren verteilen wir schon Luftballons mit der Aufschrift **„Cool, mein Lehrer ist schwul!“**, die insbesondere bei Eltern und Jugendlichen reißenden Absatz finden. Auch mit kleinen Handzetteln, auf denen auf der Vorderseite der Ausruf **„Du schwule Sau!“** steht, was zunächst das Publikum schockt, machen wir unsere Forderungen auf der Rückseite publik und kommen mit Teilnehmer*innen darüber in gute und unterstützende Gespräche.

Unsere T-Shirts sichern uns auch immer große Aufmerksamkeit und Hochachtung zu. Gleiches gilt auch für das schwul-lesbische Straßenfest im Nollendorfkiez. In einem kleinen Klassenzimmer auf dem Straßenfest ist es möglich, einen **„Sch(w)ulabschluss“** zu erwerben. Unser Infomaterial findet großen Anklang und unsere Arbeit in der Schule erfährt eine hohe Wertschätzung. Schließlich fahren wir oft auch mit anderen schwulen Lehrern aus dem gesamten Bundesgebiet auf die verschiedenen Europrides, wie z.B. nach Warschau, Rom, Marseille, London oder Stockholm und vertiefen dort unsere internationalen Kontakte.

seit **40 Jahren**
Teilnahme an allen **CSD in Berlin**

seit **26 Jahren**
Teilnahme am **schwul-lesbischen Straßenfest**



Die AG Schwule Lehrer ist seit 40 Jahren auch von „**lustbetonter Gewerkschaftsarbeit**“ geprägt: Gewerkschaftliches Engagement gepaart mit einer guten Portion Zerstreuung!

Der Blick in die Zukunft zeigt aber, dass das Erreichte kein Selbstläufer ist. Es wird weiterhin eine leidenschaftliche Gewerkschaftsarbeit notwendig sein, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Diese bestehen nicht nur in dem **erstarkenden Rechtspopulismus**. Auch haben sich Szene und Community, aber auch das Selbstverständnis und damit die Bereitschaft der jüngeren Generation verändert, sich mit den Themen zu identifizieren und dafür einzutreten.

Verbunden damit ist auch die Frage danach, wie Erzieher und Sozialpädagogen vertreten werden können. Kollegen mit Migrationshintergrund sollten verstärkt an die Gruppe gebunden werden. Darüber hinaus ist eine stärkere Vernetzung mit der lesbischen Lehrerinnengruppe ebenso notwendig wie die Ansprache von trans*- und intergeschlechtlichen Kolleg*innen.

Dabei sein lohnt sich!

Zukunft mit Engagement

Antrag auf Mitgliedschaft
Bitte in Druckschrift ausfüllen

Online Mitglied werden
www.gew.de/mitglied-werden

Persönliches

Nachname (Titel) _____ Vorname _____
 Straße, Nr. _____
 Postleitzahl, Ort _____
 Telefon / Fax _____
 E-Mail _____
 Geburtsdatum _____
 gewünschtes Eintrittsdatum _____
 bisher gewerkschaftlich organisiert bei _____ von _____ bis (Monat/Jahr) _____
 weiblich männlich weiteres

Berufliches (bitte unseitige Erläuterungen beachten)

Berufsbezeichnung (für Studierende: Berufsziel), Fachgruppe _____
 Diensteintritt / Berufsanfang _____
 Tarif / Besoldungsgebiet _____
 Tarif / Besoldungsgruppe _____ Stufe _____ seit _____
 monatliches Bruttoeinkommen (falls nicht öffentlicher Dienst) _____
 Betrieb / Dienst _____
 Träger des Beitrags _____
 Straße, Nr. d. _____
 Postleitzahl _____

Beschäftigungsverhältnis:

angestellt beurlaubt ohne Bezüge bis _____
 beamtet in Rente/pensioniert
 teilzeitbeschäftigt mit _____ Std./Woche im Studium
 teilzeitbeschäftigt mit _____ Prozent Altersteilzeit
 Honorarkraft in Elternzeit bis _____

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten. Mit meiner Unterschrift

Ort / Datum _____



40 Jahre

**Gründung der
AG Schwule Lehrer
in der GEW Berlin**



schwuleLehrer.de

40 Jahre

AG Schwule Lehrer

in der GEW Berlin

Donnerstag, 7. März 2019 · 19 bis 22 Uhr

Festsaal im **Rathaus Berlin-Charlottenburg**

Festvortrag „**40 Jahre bewegender Mut**“

Prof. Dr. Martin Lücke

Didaktik der Geschichte FU Berlin

Musikalische Umrahmung durch
den schwulen Chor **RosaCavaliere**



Unter der Schirmherrschaft von
Bürgermeister Reinhard Naumann

Festakt